



Sicherheitskräfte in Rio de Janeiro

IMAGO

Olympische Spiele

„Sie verhaften nicht, sie schießen einfach“

Vor den Sommerspielen im August wächst in Rio de Janeiro die Angst vor übermäßiger Polizeigewalt. Zuletzt gab es in der Bevölkerung Proteste, nachdem Polizisten in der Nähe des Internationalen Flughafens etwa 50 Kugeln auf ein Auto gefeuert und fünf verdächtige Männer erschossen hatten. Der Kommandeur der Polizeieinheit wurde daraufhin seines Amtes enthoben. Laut einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International kommen bei Polizeieinsätzen in der Region Rio de Janeiro jährlich rund 500 Menschen ums Leben. Vor zwei Jahren, zur Fußball-WM, soll die Zahl der Getöteten um 40 Prozent gestiegen sein, sagt die Amnesty-Beraterin Renata Neder: „Dasselbe befürchten wir im Olympiajahr. Im Kampf gegen die organisierte Kriminalität

ist der Militärpolizei fast jedes Mittel recht, es gibt viele willkürliche Morde, Unbeteiligte werden umgebracht.“ Amnesty ermittelte, dass in der Favela Acari 2014 neun Menschen bei „unrechtmäßigen Hinrichtungen“ starben. „Viele Polizisten haben nicht das Ziel, jemanden zu verhaften, sie schießen einfach“, sagt Neder. In Rio gibt es im Schnitt drei Morde täglich und in den ärmeren Stadtteilen regelmäßig Zusammenstöße zwischen Polizisten und Gangs. Die Gewalt ist offenbar auf beiden Seiten extrem, Ende 2015 wurde ein Polizeibeamter von Drogendealern entführt und lebendig verbrannt. Während der Panamerikanischen Spiele 2007 in Rio besetzte das brasilianische Militär einige Favelas, dasselbe wird für die Zeit der Olympischen Spiele erwartet. le

Spielmanipulationen Schärfere Gesetze gegen Matchfixer

Wettbetrügnern und Spielmanipulateuren, die von deutschen Gerichten verurteilt werden, drohen in Zukunft Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren. So steht es in einem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Strafbarkeit von Sportwettbetrug und der Manipulation von berufssportlichen Wettbewerben“, der dem SPIEGEL vorliegt. In dem 23 Seiten umfassenden Dokument mit „Bearbeitungsstand 1. März“ begründet das Jus-

tizministerium, warum geltende Betrugsdelikte eine strafrechtliche Verfolgung von Matchfixern bislang „nur unzureichend möglich“ machten und warum zum Schutz der „Integrität des Sports“ und der „Unverfälschtheit und Authentizität sportlicher Wettbewerbe“ eine Änderung des Strafgesetzbuches unumgänglich sei. Auch die Sanktionsmöglichkeiten der Verbände seien unzureichend: „Korruptive Absprachen werden häufig gezielt verschleiert und lassen sich durch die Sportverbände und die ihnen zu Gebote stehenden Aufklä-

rungsmöglichkeiten nicht im erforderlichen Umfang feststellen“, heißt es dazu in dem Dokument. Demnach sieht das neue Wettbetrugsgesetz zwei Straftatbestände vor: einerseits die Manipulation von berufssportlichen Wettbewerben, andererseits den Sportwettbetrug. Bestraft werden sollen so all jene, die Geld oder anderweitige Vorteile für Manipulationen anbieten beziehungsweise annehmen. Ausdrücklich benannt werden „auf Nehmerseite“ Sportler und Trainer, egal ob in der Champions League oder in der Kreisklasse B: „Erfasst

sind sowohl Berufs- als auch Amateursportler.“ In den großen Wettbetrugsverfahren vor den Landgerichten von Berlin und Bochum war es bislang kaum möglich gewesen, Spieler zu verurteilen, die Geld von Wettbetrügnern angenommen hatten. Wettmanipulationen seien keine „Einzelfälle“ mehr, sondern „ein sich ausbreitendes Phänomen“, schreibt das Justizministerium. Der Gesetzentwurf wird in der kommenden Woche zur juristischen Prüfung an weitere Ministerien geschickt, ehe er dem Bundeskabinett vorgelegt werden soll. ama, rab